



Nicht die Schweiz, die EU braucht den Rahmenvertrag

von Reinhard Koradi

Es gibt eine Vielzahl von Gründen, die die EU geradezu zwingen, die Schweiz durch einen Rahmenvertrag einzubinden. Doch bevor ich auf diese Gründe näher eingehe, sollen ein paar grundsätzliche Überlegungen rund um das Rahmenabkommen zur Diskussion gestellt werden. Zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz hat sich über die Jahre hinweg ein sehr enges Beziehungsgeflecht entwickelt, das spätestens seit den Verhandlungen über die «Bilateralen I» von einem sprichwörtlich vorauseilenden Gehorsam der Schweiz gegenüber der EU geprägt ist. Dies müsste nicht sein, würden sich beide Vertragsseiten als gleichwertige Partner sehen und sich auch entsprechend verhalten. Die von Brüssel an die Adresse der Schweiz gerichteten Drohgebärden, die sehr leicht als Erpressungsversuche gewertet werden können, mögen zu dem tendenziell wenig herausfordernden Verhalten der Schweiz als Verhandlungspartner gegenüber der EU beitragen, beeinträchtigen jedoch den Aufbau einer Verhandlungsposition, die ermöglicht, die Interessen der Schweiz mit Nachdruck zu vertreten und durchzusetzen.

Geradezu fahrlässig ist mit Hinblick auf die Verhandlungsstrategie, wenn ein Verhandlungspartner bereits im Vorfeld der Verhandlungen Signale aussendet, die darauf schliessen lassen, dass er zu weitgehenden Kompromissen bereit ist, um zu verhindern, dass die Gegenseite die Verhandlungen ergebnislos abbricht. Es ist kontraproduktiv¹, wenn der Bundesrat, die Mehrheit der Regierungsparteien, Economiesuisse und andere der Wirtschaft nahestehende Organisationen im Hinblick auf das beabsichtigte Rahmenabkommen unüberhörbar verkünden: Sie wollen die Bilateralen retten respektive den bilateralen Weg weitergehen.

Für die EU bedeutet dies, dass die Schweiz ein gefügiger Verhandlungspartner ist und Zugeständnisse machen wird, die den Interessen der EU überaus nützlich sein werden. Diese Ausgangslage verschafft den EU-Vertretern Verhandlungsvorteile. Sie profitieren vom ungeschickten Vorpreschen der Schweiz, indem die Europäische Union ihre Kompromissbereitschaft sehr tief und ihre eigenen Interessen an einem Vertragsabschluss verdeckt halten kann. Die devote Haltung der Schweiz erlaubt auch, die Schraube immer mehr anzuziehen und neue Forderungen wie zum Beispiel die Übernahme der Unionsbürgerschaft auf den Verhandlungstisch zu legen. Eine Übernahme der EU-Bürgerschaft würde EU-Ausländern in der Schweiz einen einfacheren Zugang zu unserem Sozialsystem und das Wahlrecht zumindest auf Gemeindeebene bringen.

Bundesrat will rasche Klärung

Der Bundesrat hat in der letzten Woche den «Reset-Knopf» gedrückt und fordert nun eine rasche Klärung der Beziehungen zur EU. Dass dieser Zeitdruck aus den eigenen Reihen kommt, lässt sich bezweifeln, hat doch der Kommissionspräsident Juncker schon längst zur Eile aufgerufen. Eine rote Linie wurde gezogen. So gelten die flankierenden Massnahmen (bei der Personenfreizügigkeit) als nicht verhandelbar, und die Schweiz ist auch nicht bereit, die EU-Richtlinie zur Unionsbürgerschaft zu übernehmen.

Ins Verhandlungsdossier aufgenommen wurde dagegen die Einführung eines Schiedsgerichtes, sollte es bei der Interpretation der Regeln über den Zutritt der Schweizer Wirtschaft zum EU-Binnenmarkt zwischen Bern und Brüssel zu Unstimmigkeiten kommen. Dass jetzt ein Schiedsgericht die Verhandlungsblockade lösen soll, ist mehr als fragwürdig, hat doch die Idee

eines Schiedsgerichts das transnationale Freihandelsabkommen TTIP aufgrund heftiger Proteste von links bis rechts zu Fall gebracht. Wo bleiben diese Proteste heute?

Ebenso verwunderlich ist, dass Bern gegen mögliche Sanktionen bei Fehlverhalten keine Vorbehalte anmeldet oder ein entsprechendes Gegenrecht reklamiert. Knickt da Bern vor dem mächtigen Moloch EU ein?

Bezüglich der staatlichen Beihilfen² offeriert die Schweiz, dass diese jeweils in den einzelnen sektoriellen Dossiers geregelt werden könnten. Diese Offerte beinhaltet erheblichen Zündstoff. Würden staatliche Beihilfen untersagt, sägt die Schweiz selbst an einem tragenden Ast jenes Baumes, der die souveräne Gestaltung der Wirtschaftspolitik (Struktur-, Landwirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung) erst möglich macht. Nur zur Erinnerung, die EU betreibt mit ihrer expansiven Geldpolitik eine erheblich umfangreichere Wirtschaftsförderung zum Schaden der Schweizer Wirtschaft und anderen Handelspartnern, als dies durch gezielte Fördermassnahmen einzelner Wirtschaftssektoren der Fall ist.

Bereits geeinigt haben sich die Parteien offensichtlich über die Übernahme von EU-Recht. Die Schweiz verpflichtet sich zur dynamischen Übernahme, bekommt aber ein Mitspracherecht. Faktisch bedeutet dies, dass die Gesetzgebung in der Schweiz von Brüssel diktiert wird. Dieser Eingriff ist mindestens so entschieden zurückzuweisen wie die Zulassung von fremden Richtern. Geradezu grotesk ist die Begründung des Bundesrates, mit diesem Zugeständnis werde das direktdemokratische Verfahren nicht eingeschränkt! Sagt nämlich das Volk «Nein» zu einer Gesetzesanpassung auf EU-Diktat, kann die EU sogenannte Ausgleichsmassnahmen einleiten. Also doch Abstriche an der direkten Demokratie, denn Drohungen

Fortsetzung von Seite 1

im Vorfeld von Volksabstimmungen sind ganz schlicht als Demokratieabbau zu verurteilen.

Weiter gilt die Zusage, dass die Schweiz jährlich 130 Millionen Franken während 10 Jahren für den Marktzutritt bezahlen wird. Diese Marktzutrittsgelder müssten grundsätzlich aus wettbewerbsrechtlichen Gründen verboten werden.

Insgesamt ist das vom Bundesrat «neu» geschnürte Paket ein weitgehendes Einknicken vor Brüssel. Diese Untertänigkeit mit der Aussage zu begründen, «Rechtssicherheit für die Exportindustrie und Stabilität für die Schweizer Wirtschaft und ihre Beziehungen zur EU zu schaffen», ist wenig überzeugend.³ Auch kein besseres Licht auf die Politik unserer Landesregierung gegenüber der EU wirft die Feststellung von Bundesrat Cassis, «es braucht stabile Beziehungen zur EU für «Sicherheit und Wohlstand» der Schweiz».⁴ Was meint unser Außenminister wohl mit Sicherheit und Wohlstand? Fürchtet er Sanktionsmassnahmen seitens unserer Freunde an der Grenze, oder geht es einfach um Geld und Gewinne?

Neoliberaler Kurs untergräbt unsere Souveränität

Bundesrat Cassis verfolgt mit dem Abschluss eines Rahmenabkommens nach seinen eigenen Worten «Sicherheit und Wohlstand für die Schweiz». Er definiert die Existenz der Schweiz sehr einseitig über Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum. Dabei ist das geplante Rahmenabkommen mit der EU weder ein wirtschafts- noch ein handelspolitisches, sondern ein staatspolitisches Dossier. Geht es doch um Rechtsübernahme, Rechtsprechung, Strafaktionen und Erweiterung der Bürgerrechte für Ausländer.

Das angedachte Abkommen geht erheblich über die bis anhin vereinbarten aussenhandelspolitischen Inhalte hinaus. Die staats- und souveränitätspolitische Dimension lastet schwer über dem Rahmenabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft. Es kann daher nicht wirtschaftlich, sondern müsste allein politisch begründet werden.

Mit einem EU-Unterwerfungsvertrag (Rahmenabkommen) ver-

lässt der Bundesrat den bisherigen erfolgreichen Weg zur Selbstbestimmung durch Eigenleistung und Verantwortung. Diese gehen in einem globalisierten, neoliberalen Konstrukt unter und werden durch die Kräfte des Marktes ersetzt.

In der Vergangenheit bewies die Schweiz, dass Sicherheit und Wohlstand nicht durch Verträge, sondern durch Leistung erarbeitet werden müssen. Es brauchte den Willen und die Fähigkeit der Bevölkerung, durch Eigenverantwortung und -leistung die Grundlagen für Sicherheit und Wohlstand zu schaffen. Sicherheit hat verschiedene Aspekte. Unser Land respektive die Bürger dieses Landes können sich auf die Stützen Souveränität, direkte Demokratie, Föderalismus, Milizsystem, Dezentralisierung, bewaffnete Neutralität und inneren Zusammenhalt (Friedensabkommen) verlassen, wenn es um Sicherheit und Wohlstand geht. Geht es wirklich um den Schutz und das Wohl der Schweiz, dann ist der angedachte Rahmenvertrag mit der EU als Verrat an diesem Vorhaben zu verurteilen!

Brüssel, nicht die Schweiz braucht den Rahmenvertrag

Was könnte passieren, wenn das Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz nicht zustande kommt? Streng genommen nichts. Nicht einmal die Bilateralen sind objektiv gesehen in Gefahr. Alles, was eintreffen könnte, sind weitere Trotzreaktionen oder Erpressungsversuche. So ist nicht auszuschliessen, dass die EU weitere Gespräche mit der Schweiz verweigert und Verhandlungen über neue Dossiers blockiert. Solche Drohungen sind geradezu Peanuts gegenüber dem möglichen Souveränitätsverlust durch das Rahmenabkommen.

Brüssel muss Autonomiebestrebungen im Keime ersticken

Für die Zentrale in Brüssel, genauer die EU-Kommission, allen voran deren Präsident Jean-Claude Juncker, sind Unabhängigkeitsbewegungen ein Angriff auf die beabsichtigte Konzentration der Regierungsgewalt. Gelingt es der Schweiz, sich als souveräner Staat gegenüber den Zentralisten durchzusetzen und ihre Unabhängigkeit gegenüber Brüssel zu verteidigen, könnte der innere Zusammenhalt in der europäischen Union durch Autonomie-

bestrebungen einiger Mitgliedsländer wanken. Die Schweiz als Vorbild würde zu einem föderalistischen Europa führen. Anstelle von Diktatur, Zentralismus und Nivellierung würden demokratische Mitsprache und Entscheidungen durch die Bürger, weitgehende nationale Autonomie, dezentrale Strukturen mit entsprechender Eigeninitiative und -verantwortung treten. Nicht auszuschliessen ist, dass durch die Absetzungsbestrebungen nationale Währungen erneut eingeführt werden, was insgesamt den Euro in Schwierigkeiten bringen könnte.

Mehr Selbstbestimmung haben allen voran die kleineren EU-Staaten längst angemeldet. Sie werden immer widerspenstiger und wollen sich nicht mehr länger vom Duopol Deutschland/Frankreich bevormunden lassen. Der Besuch des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán in Wien deckte auf jeden Fall unmissverständlich auf, dass sowohl Kurz als auch Orbán sich so viel Nationalstaat wie möglich und so wenig EU wie nötig wünschen und damit vom Kurs von Frau Merkel abweichen und auch Macron hinsichtlich seiner zentralistischen Macht- und Regierungsansprüche den Riegel schieben. Die Forderung nach «Subsidiarität» als Leitlinie für eine zukünftige Europapolitik folgt dem Schweizer Modell nach mehr Dezentralismus und Autonomie für die einzelnen Nationalstaaten.

Solche Autonomiebestrebungen müssen schon im Keim erstickt werden, sonst breitet sich ein Flächenbrand aus, und einer dieser Keime ist die Schweiz. Das Modell Schweiz vereinigt nämlich all die erstrebenswerten Komponenten, die den Wunsch nach Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität ermöglichen würden. Ziele, die wohl auch die europakritische Visegrád-Gruppe, bestehend aus Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei, zumindest ansatzweise verfolgen.

Die Tatsache, dass es in Europa ein Land gibt, das durch das Volk regiert wird (direkte Demokratie), das bewusst dezentrale Strukturen pflegt (Föderalismus) und damit die Eigenverantwortung (Subsidiarität) fördert, steht im Widerspruch zur zentralistischen EU-Diktatur. Aus Sicht der EU-Technokraten muss die Schweiz als relevante Gefahr für das

ausufernde Machtkonglomerat in Brüssel namens «Europäische Union» gebändigt werden, ansonsten könnte Brüssel plötzlich mit Absetzungstendenzen innerhalb der EU konfrontiert sein. Mit dem Brexit (Austritt Grossbritanniens aus der EU) und den Wahlerfolgen EU-kritischer Parteien hat der Prozess bereits Fahrt aufgenommen.

EU kann sich den Zorn der Bürger nicht leisten

Sollte es zwischen der EU und der Schweiz zu einem Zerwürfnis kommen, hätte die EU ein erhebliches Problem mit dem Nord-Süd-Verkehr. Dabei dürfte der Unmut der Österreicher, Franzosen und Italiener (Brenner und Mont-Blanc-Tunnel) nach einer Einschränkung des Alpentransits (Dosierung oder höhere Transitgebühren) durch die Schweiz über das steigende Verkehrsaufkommen mindestens soviel politischen Zündstoff beinhalten wie die wirtschaftlichen Probleme der gesamten europäischen Warenlogistik. Die EU ist auf den Alpen transit angewiesen. Ohne die Schweiz entstünden erhebliche Engpässe, die als beinahe unüberwindbar einzustufen sind.

Kein einfacher Zutritt mehr zur Hochpreisinsel Schweiz

Die Schweiz ist allein durch die Tatsache, dass auf dem Schweizer-Markt überdurchschnittliche Gewinnmargen generiert werden können, für die EU-Exporthändler von grösster Bedeutung. Die Schweiz ist nach den USA und China der wichtigste Handelspartner der EU. Die EU-Mitgliedsländer sind dann auch an einem sicheren Zugang zum Schweizer-Markt sehr interessiert. Im Jahr 2016 betrug die Einfuhren in die Schweiz aus der EU-28⁵ 120 Mrd. Franken. In die umgekehrte Richtung gingen lediglich 113 Mrd. Franken. Auch bei rein handelspolitischen Überlegungen gibt es keinen Anlass für die Schweiz, sich gegenüber der EU klein zu machen.

Verlust von Arbeitsplätzen für Franzosen, Italiener und Deutsche

Die Schweizer-Unternehmen sind für die EU-Bürger nach wie vor ein sehr interessanter Arbeitgeber. Gelockt durch ein relativ hohes Lohnniveau, reisen täglich Grenzgänger in die Schweiz ein, um einer Arbeit

nachzugehen. Ende 2015 stieg die Zahl auf 304 117 Grenzgänger und erreichte damit erstmals die Marke von über 300 000 Personen.⁶ Würde diese tägliche Zuwanderung eingedämmt, hätten vor allem Arbeitnehmer aus den an die Kantone Tessin und Genf angrenzenden Regionen erhebliche Beschäftigungs- und Einkommensprobleme.

Ein wichtiger Nettozahler würde ausfallen

Durch die Kohäsionszahlungen in Milliardenhöhe ist die Schweiz für die EU auch ein wichtiger Nettozahler. Bei einem Rückzug der Schweiz müssten diese Gelder anderweitig eingetrieben oder Projekte in den neuen EU-Mitgliedsländern gestrichen werden.

Die geplante EU-Erweiterung konzentriert sich auf Länder mit einem relativ tiefen Wohlstandsniveau. Es werden somit zusätzliche Transferzahlungen von den reichen an die armen Länder fliessen müssen, deren Finanzierung jedoch mit der Zeit bei den Geberländern (hauptsächlich Deutschland) Unmut schürt und an Grenzen stösst. Durch den Brexit verschärft sich dieses Problem zusätzlich, verliert die EU doch einen finanzstarken Nettozahler. Würde die Schweiz auch noch aussteigen, käme ein weiteres Finanzierungsproblem auf die EU zu.

Aus der Sicht der Schweiz ist Gelassenheit angesagt

Wir stehen zwar einer Grossmacht gegenüber, aber die entscheidenden Trümpfe liegen in den Händen der Schweiz. Was wir verlieren könnten, ist der erleichterte Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Doch auch hier gibt es stichhaltige Argumente für die Beanspruchung einer mindestens gleichberechtigten Verhandlungsbasis. Wir sollten uns wirklich auf einen Rollenwechsel einstellen und neu als fordernde Partei auftreten. Nur so gelingt es, auf ein Verhandlungsergebnis hinzuarbeiten, das die Souveränität unseres Landes und seiner Bürger schützt und respektiert.

Die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz sind geschützt

In den Diskussionen geht meist unter, dass der Marktzugang der

Schweiz zum europäischen Binnenmarkt bereits durch das Freihandelsabkommens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus dem Jahre 1972 geregelt ist. Der freie Waren- und Güterverkehr ist durch das Vertragswerk in den Grundzügen gewährleistet. Eigentlich sind durch dieses Vertragswerk die Interessen der Exportwirtschaft weitgehend abgedeckt.

In diesem Zusammenhang kann die Grundsatzfrage nach dem Wert der WTO-Freihandelsbestimmungen (Welthandelsorganisation) aufgeworfen werden. Eine Diskriminierung aus machtpolitischen Gründen müsste eigentlich von der WTO als administratives Handelshemmnis geahndet werden. Hochinteressant wird unter diesem Aspekt der Ausgang der Verhandlungen zwischen Grossbritannien und der EU sein. Es wäre bestimmt ein Versuch wert, Handelsvorteile, die die Europäische Union Grossbritannien zugesteht, mit Bezug auf das Meistbegünstigungsprinzip auch für die Schweiz zu beanspruchen. Vielleicht ist dies mit ein Grund, die Schweiz zu einem schnellen Abschluss des Rahmenabkommens zu drängen. Man soll ja bekanntlich die Eisen schmieden, solange sie noch warm sind. Die laufenden Brexit-Verhandlungen könnten das Feuer sein, das die Eisen der Schweiz warmhält. Warum nicht auch auf Zeit spielen und einmal abwarten, was passiert? Gleichzeitig könnte diese Zeit genutzt werden, sich aus der Umklammerung durch die EU zu lösen. Es gibt neue interessante Möglichkeiten. Die sogenannten aufstrebenden Märkte liegen weder in Europa noch in den USA und ihren Verbündeten. Als neutrales Land hat die Schweiz die Pflicht, sich keinem Machtblock anzuschliessen. So bietet es sich geradezu an, die Beziehungen zu Russland, zu afrikanischen und asiatischen Ländern aufzufrischen und weiterzuentwickeln. Nicht allein unter wirtschaftlichen, sondern auch unter politischen und sozialen Aspekten. ■

¹ Es sei denn, es besteht die Absicht, ein möglichst schwaches Verhandlungsergebnis zu erzielen, damit das Schweizervolk schneller einem EU-Beitritt zustimmt.

² Subventionen für die Landwirtschaft, Staatsgarantie für die Kantonalbanken, Förderung der Wasserkraft usw.

³ NZZ, 6. März 2017

⁴ ebd.

⁵ 28 EU-Mitgliedsländer

⁶ Bundesamt für Statistik